

🇬🇧 English version below 🇬🇧

Liebe Studierende, liebe Beschäftigte, liebe Mitstreiter:innen,

Am 26.02.2026 fand die Anhörung der Mitgliederinitiative “Lehrdeputate senken, Qualität der Lehre verbessern, Gesundheit schützen” vor dem Senat der Universität Potsdam statt. Wir möchten euch hier ein kurzes Feedback und eine Zusammenfassung dieser Senatssitzung geben.

Vorweg kurz: vor unserem Tagesordnungspunkt wurde auch (verkürzt) die Evaluation des Dauerstellenkonzepts vorgestellt. Neben vielen interessanten, brisanten, schockierenden und altbekannten Ergebnissen, wurde auch der Punkt Lehrdeputate als eine der Stellschrauben für die Verbesserung der Qualität der Arbeitsbedingungen von Dauerstellen aufgeführt. Leider gab es zu diesem Thema so gut wie keine Diskussion zwischen den Senator:innen. Dies hat uns sehr verwundert, da dieses Thema ein so zentraler und wichtiger Punkt in der strategischen und strukturellen Weiterentwicklung der Universität darstellt. Die Evaluation des Dauerstellenkonzepts wird demnächst, auf Anfrage unsererseits, für die Hochschulöffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Wir sind gespannt auf die Details der Inhalte.

Was jedoch bereits berichtet wurde: Die Evaluation hat deutlich gemacht, dass derzeit nicht alle im Dauerstellenkonzept vorgesehenen Stellen tatsächlich besetzt sind. In mehreren Fakultäten bestehen hier signifikante ungenutzte Kapazitäten. Würden diese Stellen durchgängig besetzt, würde sich das vorhandene Lehrvolumen rechnerisch um einiges erhöhen.

Genau an dieser Schnittstelle wird auch die Relevanz für unserer Mitgliederinitiative deutlich: Wenn Lehrdeputate als zentraler Faktor für Arbeitsbedingungen identifiziert werden und gleichzeitig strukturelle Personalspielräume bestehen, ist eine Reform der Lehrverpflichtung nicht nur überfällig, sondern auch realistisch gestaltbar.

Nun zu unserem Tagesordnungspunkt: Marie Hansen und Claudia Rödel haben das Anliegen der Mitgliederinitiative noch einmal gebündelt in einer Präsentation vorgestellt und die zentralen Argumente für die Reform der Lehrverpflichtung zusammengefasst. Dabei haben wir auch noch einmal die Genese der Initiative erläutert: Über 5000 Unterschriften wurden eingereicht, womit das erforderliche Quorum von 15% deutlich überschritten wurde. Auslöser war die seit Jahren beklagte zu hohe Lehrbelastung: 18 LVS bedeuten eine extrem hohe Arbeitsbelastung, Qualifizierungsstellen mit 11 LVS verhindern in der Praxis wissenschaftliche Qualifizierung, und auch Studierende berichten von Problemen wie eingeschränkter Erreichbarkeit von Lehrpersonal, langen Korrekturzeiten sowie teilweise veralteten Lehrmethoden und –inhalten. Wir haben zudem an frühere Proteste („Nein zu 18 SWS“) an der PhilFak 2019 erinnert, die leider trotz breiter Unterstützung strukturell folgenlos geblieben sind.

Im Anschluss präsentierte ein Referent aus dem Dezernat 1 zwei Rechenbeispiele, mit denen dargestellt werden sollte, dass bei Umsetzung unserer Forderungen bis zu 612 Studienplätze wegfallen würden.

Diese Darstellung haben wir deutlich kritisiert – zunächst einmal handelte es sich um eine intransparente Darstellung, die unvollständig und unter Annahme nur weniger Faktoren harte Zahlen und Fakten darlegen sollte. Eine solche verkürzte Darstellung kann nach unserer Auffassung aber keine Grundlage für eine qualifizierte Diskussion innerhalb einer Senatssitzung sein. Im Gegenteil scheint es, dass eine gezielte Manipulation der Senator:innen vorgenommen werden sollte mit dem Ziel eine Drohkulisse von wegfallenden Studienplätzen aufzubauen und die Mitgliederinitiative somit einfach abzumoderieren. Ein solches Vorgehen lehnen wir ab und ordnen es als respektlos gegenüber den Unterstützer:innen und Aktiven dieser Mitgliederinitiative ein.

Die Rechenbeispiele wurden in der darauffolgenden Debatte auch von anderen Personen im Senat hinterfragt. Die Rechenmodelle berücksichtigten zentrale Faktoren nicht, darunter unter anderem:

- den geplanten bzw. möglichen zukünftigen Personalaufwuchs,
- die tatsächliche Belegungssituation (knapp 30% der Dauerstellen sind unbesetzt!)
- die tatsächliche Entwicklung der Betreuungsrelationen und adäquate LVS-Minderungstatbestände
- strukturelle Verschiebungen zwischen Statusgruppen sowie unterschiedliche Stellenkategorien in den Fakultäten,
- die reale Auslastung von Studienplätzen, die aktuell unter den rechnerischen Kapazitäten liegt

Im weiteren Verlauf gab der WiMi-Personalrat ein sehr klares und eindrückliches Statement ab, das die strukturellen Entwicklungen der letzten Jahre gut eingeordnet hat. Dabei wurde insbesondere auf drei Punkte hingewiesen: die Entwicklung der Lehrverpflichtungsregelungen, die tatsächlichen zeitlichen Aufwendungen für Lehre sowie die Relation von Studierenden- und Beschäftigtenzahlen an der Universität.

Historisch zentral ist dabei: Die KMK- Vereinbarung von 2003 – die auch von der Universität Potsdam gezeichnet wurde und die nach wie vor gültig ist - sah für wissenschaftliche Mitarbeiter:innen an Universitäten in der Regel Lehrverpflichtungen von bis zu 8 LVS vor. Diese Orientierung galt auch an der Universität Potsdam über viele Jahre hinweg. Erst durch rezente Veränderungen, insb. den Senatsbeschluss von 2015, kam es zu einer deutlichen strukturellen Anhebung der Lehrverpflichtungen und zu einer Verschiebung hin zu hochdeputierten Dauerstellen.

Zudem wurde aufgezeigt, dass in den vergangenen zehn Jahren das wissenschaftliche Personal kontinuierlich gewachsen ist, während die Studierendenzahlen gesunken sind. Gleichzeitig hat es eine massive Verschiebung und Ausweitung von Lehrdeputaten gegeben – insbesondere zulasten der wissenschaftlichen Mitarbeitenden.

Was ist hier passiert? Seit 2015 die wurde Lehrverpflichtung des Lehrpersonals kontinuierlich erhöht. Während 2015 die Lehre von zwei Beschäftigten mit einem Standard-LVS von jeweils 8 LVS abgedeckt wurde (insgesamt 16 LVS), wird ein vergleichbares Lehrvolumen heute häufig durch eine 18-LVS-Stelle erbracht.

Gleichzeitig sind die unbefristeten Stellen insgesamt nicht reduziert worden – im Gegenteil, ihre Zahl ist in den letzten zehn Jahren von etwa 200 auf 270 gestiegen. Wenn das Gesamtlehrvolumen nicht im gleichen Maße gestiegen ist, ergibt sich rechnerisch ein Umfang an Lehrkapazität, der nicht mehr unmittelbar durch Deputatsverpflichtungen gebunden ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie diese vom Lehrdeputat entlasteten bzw. rechnerisch frei gewordenen Stellenanteile eingesetzt werden. D.h., in welchem Umfang fließen die zusätzlichen Stellen in Forschung, Daueraufgaben oder neue Verwaltungsanforderungen?

Für uns wurde mit dieser Senatssitzung somit klar dargestellt: Es gab und gibt an der Universität eine strategische Verschiebung hin zu einer strukturellen Trennung von Forschung und Lehre. Genau diese Entwicklung stufen wir als höchst problematisch ein – denn sie geht auf Kosten von Qualifizierungszeiten, Forschung und nachhaltigen Beschäftigungsbedingungen.

Unsere Mitgliederinitiative macht deutlich, dass es um weit mehr geht als um eine schlechte oder ungerechte Verteilung von Lehrdeputaten. Sie verweist auf strukturelle Defizite in der Organisation der Personalstrukturen, auf problematische Machtasymmetrien bei Qualifizierungsstellen sowie auf überkommene Lehrstuhlstrukturen, die einem modernen Verständnis einer zukunftsorientierten Universität nicht mehr entsprechen. In Rahmen einer Novellierung des Dauerstellenkonzepts, muss daher aus unserer Sicht zwingend die Aufnahme der neuen Stellenkategorien und die damit verbundene Ausdifferenzierung des Lehrdeputats erfolgen.

Zu guter Letzt ließen wir es uns nicht nehmen auch zwei von hohen Lehrdeputaten betroffene Beschäftigte zu Wort kommen zu lassen. Florian Hanischs Bericht aus der Praxis machte deutlich, dass gute Arbeitsbedingungen immer die Voraussetzung für gute Studienbedingungen sind und dass die Qualität der Lehre – insbesondere in stark betreuungsintensiven Bereichen wie den ersten Studienjahren – erheblich unter überhöhten Lehrdeputaten leidet.

Ein weiterer anonym Bericht wurde vorgelesen. Diese Wortmeldung verdeutlichte zudem sehr konkret die gesundheitlichen Belastungen durch hohe Deputate, Mehrarbeit im dreistelligen Stundenbereich sowie zusätzliche organisatorische Anforderungen.

Die Professor:innen im Senat hielten sich auffällig mit Beiträgen, Fragen oder Meinungsäußerungen zurück. Wir werden daher im Laufe der nächsten Wochen versuchen mit allen Senator:innen ins Gespräch zu kommen, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten die Wichtigkeit unseres Anliegens erkennen.

Bei der nächsten Sitzung des Senats am 25.3 wird über unseren Antrag abgestimmt. Wir halten euch über die weiteren Schritte auf dem Laufenden.

Mit solidarischen Grüßen,
Marie Hansen und Claudia Rödel
Vertretungspersonen der Mitgliederinitiative

Dear students, dear colleagues, dear fellow campaigners,

On 26 February 2026, the hearing of the members' initiative "Reduce Teaching Loads, Improve the Quality of Teaching, Protect Health" took place before the Senate of the University of Potsdam. We would like to provide you with brief feedback and a summary of this Senate meeting.

First, a short preliminary note: before our agenda item, a (condensed) presentation of the evaluation of the permanent positions concept was given. Alongside many interesting, contentious, shocking, and long-known findings, teaching loads were also identified as one of the key levers for improving the quality of working conditions in permanent positions. Unfortunately, there was virtually no discussion of this issue among the senators. This surprised us greatly, as this topic represents such a central and important aspect of the university's strategic and structural development. The evaluation of the permanent positions concept will soon be made available to the university community at our request. We are eager to examine the details.

However, one point was already reported: the evaluation clearly showed that not all positions envisaged in the permanent positions concept are currently filled. In several faculties, there are significant unused capacities. If these positions were filled consistently, the existing teaching volume would increase considerably in purely mathematical terms.

This is precisely where the relevance to our members' initiative becomes clear: if teaching loads are identified as a central factor in working conditions and, at the same time, structural staffing flexibility exists, then reforming teaching obligations is not only overdue but also realistically achievable.

Now to our agenda item: Marie Hansen and Claudia Rödel once again presented the core concerns of the members' initiative in a bundled presentation and summarized the key arguments for reforming teaching obligations. We also outlined the genesis of the initiative: more than 5,000 signatures were submitted, clearly exceeding the required quorum of 15%. The trigger was the excessive teaching workload that has been criticized for years: 18 contact hours per week (LVS) represent an extremely high workload; qualification positions with 11 LVS in practice prevent academic qualification; and students also report problems such as limited accessibility of teaching staff, long grading periods, and in some cases outdated teaching methods and content. We also recalled earlier protests ("No to 18 SWS") at the Faculty of Arts in 2019, which unfortunately, despite broad support, remained structurally without consequences.

Following this, a representative from Division 1 presented two calculation examples intended to demonstrate that implementing our demands would result in the loss of up to 612 study places.

We clearly criticized this presentation. First of all, it was non-transparent, incomplete, and based on only a few selected assumptions while claiming to present hard numbers and facts. In our view, such a simplified representation cannot serve as a basis for a well-informed discussion within a Senate meeting. On the contrary, it appeared that the senators were being deliberately influenced in order to construct a threatening scenario

of lost study places and thereby dismiss the members' initiative outright. We reject such an approach and consider it disrespectful toward the supporters and activists of this initiative.

During the subsequent debate, other members of the Senate also questioned the calculation examples. The models failed to take central factors into account, including:

- planned or possible future staff expansion,
- the actual occupancy situation (nearly 30% of permanent positions are unfilled),
- the real development of supervision ratios and legitimate reductions in teaching loads,
- structural shifts between status groups and different categories of positions within the faculties,
- the actual utilization of study places, which currently lies below the calculated capacity.

As the discussion continued, the academic staff council (WiMi Personalrat) delivered a very clear and impressive statement that contextualized the structural developments of recent years. In particular, three aspects were highlighted: the development of teaching obligation regulations, the actual time expenditure required for teaching, and the relationship between student and staff numbers at the university.

Historically significant in this regard is the 2003 KMK agreement — also signed by the University of Potsdam and still valid today — which generally provided for teaching obligations of up to 8 LVS for academic staff at universities. This orientation also applied at the University of Potsdam for many years. Only with more recent changes, particularly the Senate resolution of 2015, was there a substantial structural increase in teaching obligations and a shift toward high-load permanent positions.

It was also demonstrated that over the past ten years academic staff numbers have steadily grown, while student numbers have declined. At the same time, there has been a massive shift and expansion of teaching loads — particularly at the expense of academic staff.

What has happened here? Since 2015, the teaching obligations of teaching staff have been continuously increased. Whereas in 2015 teaching was covered by two employees with a standard load of 8 LVS each (a total of 16 LVS), comparable teaching volume today is often provided by a single 18-LVS position.

At the same time, permanent positions have not been reduced overall — on the contrary, their number has increased over the past ten years from around 200 to 270. If total teaching volume has not increased to the same extent, this results mathematically in a level of teaching capacity that is no longer directly tied to formal teaching obligations. Against this background, the question arises as to how these teaching-load-relieved or mathematically freed-up position shares are being used — that is, to what extent the additional positions are allocated to research, permanent tasks, or new administrative requirements.

For us, this Senate meeting made one thing clear: there has been and continues to be a strategic shift at the university toward a structural separation of research and teaching. We consider this development highly problematic, as it comes at the expense of qualification time, research, and sustainable employment conditions.

Our members' initiative makes clear that this is about far more than an unfair distribution of teaching loads. It points to structural deficits in the organization of staffing structures, problematic power asymmetries in qualification positions, and outdated chair structures that no longer correspond to a modern understanding of a forward-looking university. In the context of revising the permanent positions concept, it is therefore essential, in our view, to include the new categories of positions and the associated differentiation of teaching loads.

Finally, we made sure to give the floor to two employees affected by high teaching loads. Florian Hanisch's practical report made clear that good working conditions are always the prerequisite for good study conditions, and that the quality of teaching — particularly in supervision-intensive areas such as the first years of study — suffers significantly under excessive teaching loads.

Another anonymous statement was read aloud. This contribution very concretely highlighted the health burdens caused by high teaching loads, hundreds of hours of overtime, and additional organizational requirements.

The professors in the Senate were noticeably restrained in terms of contributions, questions, or expressions of opinion. Over the coming weeks, we will therefore seek discussions with all senators to ensure that all parties recognize the importance of our concerns.

At the next Senate meeting on 25 March, our motion will be put to a vote. We will keep you informed about the next steps.

In solidarity,

Marie Hansen and Claudia Rödel

Representatives of the Members' Initiative

An alliance of students and employees of the University of Potsdam

Contact: mitgliederini@uni-potsdam.de

Website: <https://www.gew-brandenburg.de/mitgliederinitiativeup2025/>